

„Medved...Medvedova...Whatever“

RUSSISCH-AMERIKANISCHE BEZIEHUNGEN AUF DEM PRÜFSTAND

A personalized relationship

„I looked the man in the eye. I found him to be very straightforward and trustworthy. We had a very good dialogue. I was able to get a sense of his soul“, erklärte Präsident George W. Bush im Juni 2001, nachdem er Wladimir Putin das erste Mal getroffen hatte¹. Zu diesem Zeitpunkt standen beide Staatsmänner am Anfang ihrer Präsidentschaft. Ausgehend von der guten persönlichen Beziehung zwischen Bush und Putin, erhoffte man sich auch ein gutes Verhältnis zwischen den beiden Großmächten. Sieben Jahre später trafen sich Bush und Putin ein letztes Mal im russischen Sotschi, wobei beide sichtlich darum bemüht waren, ein „Vermächtnis“ ihrer Regierungszeit zu hinterlassen, ehe sie aus dem Amt scheideten. Doch blickt man zurück, so muss man eingestehen, dass sich die Hoffnungen nicht erfüllt haben.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sprach Putin den Vereinigten Staaten seine uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus zu. Doch ab diesem Zeitpunkt verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Moskau und Washington dramatisch. Putins Vergleich der amerikanischen Außenpolitik mit der des Dritten Reiches im Jahr 2007 stellte den Tiefpunkt dar und die Welt fürchtete sich vor einer Rückkehr zu Verhältnissen, wie man sie im Kalten Krieg erlebt hatte. In der jüngsten Vergangenheit legte Russland zwar ein deutlich weniger amerikafeindliches Verhalten an den Tag, doch wurden die Beziehungen gerade im Vorfeld des NATO-Gipfeltreffens in Bukarest belastet. Vor allem die Unabhängigkeit des Kosovo, das von den USA geplante Raketenabwehrsystem in Osteuropa und die NATO-Erweiterung trieben einen weiteren Keil zwischen die beiden Nationen und stellten die diplomatischen Beziehungen auf eine harte Probe. Anhand dieser Konflikte, die im Folgenden in dieser Arbeit erläutert werden, werden die unterschiedlichen Ansichten der beiden Staaten besonders ersichtlich, die einer Besserung der Verhältnisse im Weg stehen.

Toward a revisionist power?

Das derzeitige Tief in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland äußert sich vor allem in dem Bild, das die Regierungen und Bevölkerungen der beiden Länder von einander haben. Ein in den USA weit verbreitetes Klischee ist laut Leon Aron vom American Enterprise Institute for Public Policy Research, dass Russland in den 90er Jahren zwar arm, aber friedlich und dem Westen freundlich gesinnt gewesen sei. Nachdem es vor allem durch seine florierende Öl- und Gasindustrie einen wirtschaftlichen Aufschwung

¹ Press Conference by President Bush and Russian Federation President Putin;
www.whitehouse.gov (17.04.2008)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

erlebt habe, sei es nun in alter Sowjet-Manier auf Konfrontation mit den westlichen Staaten bedacht. Dies sei vor allem an der gegen den Westen und die USA gerichteten Haltung Putins zu erkennen, der den Anschein mache, als wolle er den Ausgang des Kalten Krieges zugunsten Russlands revidieren. Ziel der Regierung in Moskau sei es, die Rolle der ehemaligen Sowjetunion als Schlüsselfigur im Mittleren Osten einzunehmen und ein Gegengewicht zu den USA darzustellen. Nicht berücksichtigt wird allerdings, dass die USA und der Westen wesentlich zur Bildung einer anti-amerikanischen und anti-westlichen Einstellung in Russland durch eine Reihe von Handlungen, die in Moskau als Demütigungen von Seiten des Westens angesehen werden, beigetragen haben. Dazu zählen unter anderem die NATO-Offensive gegen Jugoslawien im Jahr 1999 trotz vehementer Proteste aus Moskau oder Amerikas unilaterale Kündigung des ABM-Vertrages im Jahr 2002.²

Joseph Ferguson weist darauf hin, dass sich deshalb in den Führungsriege der Demokratischen Partei eine gegen Russland gerichtete Tendenz entwickelt habe.³ So sprach sich Joseph Biden, seinerseits Vorsitzender des Senate Foreign Relations Committee, dafür aus, die Mitgliedschaft Russlands bei den G-8-Staaten zu überprüfen, solange Putin die Führung des Landes obliege. In einer Debatte im April 2007 zählte er Russland, neben Nordkorea und Iran, zu den drei größten Bedrohungen für die Vereinigten Staaten.⁴ Auch die amerikanischen Medien zeichneten ein zunehmend kritisches Bild von der russischen Regierungsweise. Vor allem die schrittweise vollzogene Aufhebung der Grundrechte, die steigende Zahl an Journalisten und Oppositionsmitgliedern, die unrechtmäßig verhaftet würden oder ums Leben kämen, gäben Anlass zur Kritik. Die amerikanische Wirtschaft scheine hingegen von diesen „Mängeln“ abzusehen und den Fokus auf die wirtschaftlichen Vorzüge zu legen: „Wall Street appears to be in love with Vladimir Putin’s version of Russia“. Man sehe Putin als Garant für Stabilität an und viele amerikanische Unternehmen wie General Motors oder Microsoft hätten durch die aufstrebende Wirtschaft hohe Gewinne erzielen können.⁵ Die amerikanische Bevölkerung ist in Hinblick auf Russland gespalten. So ergab eine Umfrage im Februar 2008, dass 48% der Amerikaner Russland als „very favorable“ und „mostly favorable“ einschätzten, 46% hingegen als negativ. Zwar stieg Russlands Ansehen unmittelbar nach den Terroranschlägen am 11. September 2001, als Putin den USA seine Unterstützung im Kampf gegen den Terror zusprach.⁶ Doch wenn es um die nationale Sicherheit des Landes geht, sind die Amerikaner Russland gegenüber noch immer kritisch eingestellt. In einer Umfrage von Foreign Policy wählten US-Bürger Russland mit 34% noch vor Pakistan (22%) und Saudi-Arabien (17%) auf den ersten Platz, als man sie fragte, welches Land am wenigsten im Interesse von Amerikas Sicherheit handeln würde.⁷ Dieses Resultat überrascht vor allem, wenn man bedenkt, dass Osama bin Laden laut Angaben des US-Geheimdienstes in Pakistan Zuflucht gefunden hat⁸ und die Mehrheit der Attentäter der Anschläge vom 11. September 2001 aus Saudi-Arabien stammten.⁹

² Aron, L.; *Russian Outlook – Putin-3*; American Enterprise Institute for Public Policy Research (2007); S.1-6.

³ Ferguson, J.; *Coming Full Circle* in „Comparative Connections – A Quarterly E-Journal on East Asian Bilateral Relations“ (April 2007); S. 55-60.

⁴ www.msnbc.msn.com/id/18352397/print/1/displaymode/1098/ (11.05.2008).

⁵ Ferguson, J.; *Coming Full Circle* in „Comparative Connections – A Quarterly E-Journal on East Asian Bilateral Relations“ (April 2007); S. 55-60.

⁶ <http://www.gallup.com/poll/1642/Russia.aspx> (27.03.2008).

⁷ *No Love From Russia* in FP- Foreign Policy; Ausgabe September/Oktober 2007; S.67.

⁸ www.cnn.com/2006/WORLD/asiapcf/08/23/bergen.binladen/index.html?iref=newssearch (10.05.2008).

⁹ www.usatoday.com/news/world/2002/02/06/saudi.htm (10.05.2008).

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Auf Seiten Russlands ist man den USA genauso wenig positiv gestimmt. Dort ist man der Meinung, dass die Vereinigten Staaten die Absicht hätten, der restlichen Welt unter dem Vorwand, die Demokratie fördern zu wollen, ihren Willen aufzuzwängen.¹⁰ Dies hatte Putin in seiner Ansprache auf der Sicherheitskonferenz in München im Februar 2007 deutlich gemacht: „The United States has overstepped its borders in all spheres – economic, political and humanitarian, and has imposed itself on other states“.¹¹ Dieser Ansicht ist auch die russische Bevölkerung. Hatten im Februar 2001 noch 59% der Menschen ein positives Bild von den USA und lediglich 28 Prozent ein negatives, so hat sich das Meinungsbild eindeutig verändert. Heute denken nur noch 49% der russischen Bevölkerung positiv über die USA, 37% hingegen nicht. Ein wesentlicher Grund hierfür war Amerikas Feldzug gegen das Regime von Saddam Hussein. Diesen sahen im Jahr 2003 49 Prozent, also fast die Hälfte der Befragten, lediglich als einen Vorwand an, um die irakischen Ölquellen unter amerikanische Kontrolle zu bringen. 27 Prozent waren sogar der Ansicht, die Offensive diene allein dem Grund, der Welt zu zeigen, wer der „Boss“ sei. Lediglich 6% der Leute glaubten daran, dass es der Bush-Regierung wirklich darum ginge, die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen zu beseitigen. Vergleicht man die Umfragewerte vor und nach Beginn des Irak-Feldzuges, so ist ein deutlicher Ansehensverlust der USA zu erkennen: Hatten im April 2002 noch 59 Prozent eine positive Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten und 33 Prozent hingegen eine negative, so ergab eine Umfrage im März 2003, dass nun nur noch 33% der Befragten ein gutes Bild von den USA hatten, die eindeutige Mehrheit von 55 Prozent jedoch ein schlechtes.¹²

Russland, so Dmitri Trenin vom Carnegie Center in Moskau, sei hingegen auf die internationale Bühne zurückgekehrt und sei nicht mehr länger bereit, dieses imperialistische Verhalten hinzunehmen. Im Rahmen der vom Kreml propagierten „sovereign democracy“, die Russlands neu gewonnener Unabhängigkeit vom Westen Ausdruck verleiht, habe man sich entschlossen, offen gegen die US-Handlungen Stellung zu beziehen und die eigenen Interessen stärker zu schützen.¹³ Diese Entschlossenheit wird vor allem in den folgenden Konflikten bezüglich des Kosovo, des geplanten Raketenabwehrsystems in Osteuropa und der NATO-Erweiterung ersichtlich.

Kosovo Unabhängigkeitserklärung und ihre Folgen

Am 17. Februar diesen Jahres erklärte Premier Minister Hashim Thaci die Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien, nachdem dieser beinahe zehn Jahre lang unter UN-Kontrolle gestanden hatte. Während die albanische Bevölkerung ausgelassen feierte, löste er innerhalb Serbiens eine Vielzahl von gewalttätigen Protesten aus. Die Regierung in Belgrad erachtete diesen Schritt als gesetzeswidrig und weigerte sich, die eigenmächtige Abspaltung zu akzeptieren. Auf internationaler Ebene war man sich ebenfalls uneins. Die meisten westlichen Nationen, allen voran die USA, begrüßten die Geburt des neuen europäischen

¹⁰ Ferguson, J.; *Coming Full Circle* in „Comparative Connections – A Quarterly E-Journal on East Asian Bilateral Relations“ (April 2007); S. 55.

¹¹ <http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?sprache=en&id=179> (12.04.2008).

¹² http://www.russiavotes.org/security/security_trends.php#126 (10.05.2008).

¹³ Trenin, D.; *Russia's Coercive Diplomacy* in „Carnegie Moscow Center – Briefing Vol. 10 issue 1“ (Januar 2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Staates und erkannten dessen Souveränität an.¹⁴ Ausnahmen stellten beispielsweise Spanien und die Slowakei dar, die ihre Zustimmung aus Angst, dass sich ethnische Gruppierungen auch innerhalb ihrer Grenzen am Fall des Kosovo ein Beispiel nehmen könnten, enthielten.¹⁵ Russland stellte sich jedoch auf die Seite Serbiens und verlangte ein Treffen des UN-Sicherheitsrates, um die Unabhängigkeit für null und nichtig zu erklären. Als sich dies als aussichtslos herausstellte, versicherte man der serbischen Regierung, die territoriale Integrität des Landes wieder herzustellen. Außerdem kündigte man an, in Zukunft sämtliche Versuche der kosovarischen Regierung, eine Mitgliedschaft in internationalen Organisationen zu erhalten, zu unterbinden.

„The status quo was unsustainable“

In den USA herrschte größtenteils Einigkeit darüber, die Unabhängigkeitserklärung zu akzeptieren. US-Außenministerin Condoleezza Rice gab in einer Pressekonferenz am folgenden Tag bekannt, dass die Vereinigten Staaten den Kosovo als souveränen Staat anerkannten und diplomatische Beziehung aufbauen wollten, ohne dabei Serbiens Freundschaft zu verlieren.¹⁶ Der Assistant Secretary for European Countries and Eurasian Affairs, Daniel Fried, erklärte vor dem Senats-Ausschuss für Foreign Relations, dass der Status Quo des UN-Protectorats im Kosovo nicht mehr tragbar gewesen sei: „Kosovo's declaration of independence on February 17 concluded the agonizing, years-long process of that nation's disappearance“.¹⁷ Er führte weiter aus, dass man die Entscheidung nicht leichtfertig getroffen hätte, doch sei es die einzig verantwortliche gewesen. Die Regierung sei überzeugt, dieser Schritt würde wesentlich zum Frieden und zur Stabilität beitragen. In einem anderen Interview gestand Fried ein, dass ein Motiv für die amerikanische Unterstützung die Parallele zur eigenen Geschichte gewesen sei:

But the fact is there comes a time when no other course is possible. The United States, after all, owes its national existence to breaking away from Britain because of what the Declaration of Independence calls a 'series of abuses'.¹⁸

Auf Russlands Kritik und Vorwürfe, Amerika wolle „die Welt beherrschen“, fand er klare Worte. Zwar bedauere man Russlands Entscheidung, die Unabhängigkeit nicht anzuerkennen, doch anders als Russland hätten die USA und NATO eine Verantwortung gegenüber dem Kosovo:

Russia has been the most strongly and consistently opposed. It's a pity because Russia is not present in Kosovo. NATO is there. Russia has no more troops, they're not helping the Kosovars. They're sitting on the sidelines and being rather critical.¹⁹

¹⁴

http://www.nytimes.com/2008/02/18/world/europe/18kosovo.html?_r=1&scp=3&sq=independence+kosovo&st=nyt&oref=slogin (12.04.2008).

¹⁵ <http://www.iht.com/articles/ap/2008/02/18/europe/EU-Kosovo.php> (10.05.2008).

¹⁶ <http://www.state.gov/secretary/rm/2008/02/100973.htm> (18.03.2008).

¹⁷ <http://www.state.gov/p/eur/rls/101722.htm> (18.03.2008)

¹⁸ <http://www.state.gov/p/eur/rls/101386.htm> (18.03.2008).

¹⁹ <http://www.state.gov/p/eur/rls/101386.htm> (18.03.2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Demnach habe Russland jegliches Anrecht auf Kritik aufgegeben. Auch Condoleezza Rice erklärte, dass Russland weder wirtschaftliche noch politische Unterstützung zur Verfügung gestellt hätte. Die USA hingegen stellten mit voraussichtlich \$335 Mio. im Jahr 2008 den Großteil der finanziellen Mittel bereit. Zwar habe man sich stets um Kooperation mit Russland bemüht, doch sei die Position der USA immer dieselbe gewesen. Aus diesem Grund erwarte sie auch keine Krise in den Beziehungen mit Moskau.²⁰ Ein besonderes Anliegen aller Befürworter scheint es, deutlich zu machen, dass der Kosovo keinesfalls einen Präzedenzfall für Bevölkerungsgruppen biete, die in anderen multi-ethnischen Staaten nach dem Recht auf Selbstbestimmung strebten. Bedingt durch den gewaltsamen und unfreiwilligen Auseinanderbruch Jugoslawiens, gefolgt von unmenschlichen Verbrechen an der kosovarischen Bevölkerung, sei der Fall einzigartig in der Geschichte und liefere keinesfalls eine Rechtfertigung für derartige Bewegungen in anderen Regionen.²¹

Vereinzelt stößt die Unabhängigkeit des Kosovo auch in den USA auf Ablehnung. Die Non-Profit-Organisation American Council for Kosovo setzt sich auf ihrer Homepage www.savekosovo.org vehement gegen einen souveränen Kosovo ein. Die Hauptargumente sind, dass die Unabhängigkeit einerseits eine Verschlimmerung der Beziehungen zu Russland zur Folge hätte, auf die man angesichts des geplanten Raketenabwehrsystems und der Bedrohung durch Nuklearwaffen nicht verzichten könne. Andererseits diene der Fall des Kosovo ethnischen Gruppen in anderen Staaten als Vorbild. Die Unruhen in Tibet seien das jüngste Beispiel hierfür.²²

Noch vor der Unabhängigkeitserklärung warnten John Bolton, ehemaliger Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen, Lawrence Eagleburger, ehemals Außenminister unter George H. Bush, und Peter Rodman, seinerseits ehemaliger Berater von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und nun an der Brookings Institution tätig, vor den Implikationen eines souveränen Kosovo. In der eher konservativ gerichteten Washington Times äußerten sie, dass die neunjährige, relative friedliche Zeit nicht ausreichend sei, um Serbien und Russland von ihrer ablehnenden Haltung abzubringen, die auf einem Konflikt beruhe, der schon seit Jahrhunderten existiere. Den Beteuerungen der Bush-Regierung, der Kosovo-Konflikt stelle aufgrund seiner Einzigartigkeit keinesfalls einen Präzedenzfall dar, widersprachen sie. Schließlich sei jeder Konflikt in seiner Entstehung einzigartig und im baskischen Teil Spaniens sei die Bevölkerung schon bereit, dem Beispiel des Kosovo zu folgen. Auch verwiesen Bolton, Eagleburger und Rodman auf die Notwendigkeit stabiler Beziehungen zu Russland. Um Moskaus Hilfe in wichtigen Angelegenheiten wie dem Konflikt mit dem Iran oder Nordkorea zu erhalten, sei es unabdingbar, vom herablassenden Verhalten gegenüber Russland abzulassen und die amerikanische Außenpolitik bezüglich des Kosovo neu zu überdenken. Immerhin habe man es nicht mehr mit einem „schwachen“ Russland zu tun. Vor allem kritisierten sie aber die Folgen eines unabhängigen Kosovo für Europa. Einerseits seien viele europäische Regierungen durch Washingtons Beharren regelrecht verpflichtet gewesen, die kosovarische Unabhängigkeit zu akzeptieren. Doch aufgrund der kaum überlebensfähigen Wirtschaft, der weit verbreiteten Korruption und anderer schwerwiegender Missstände in den Bereichen Justiz und Polizeiwesen, entstehe ein „frozen conflict“, dessen Auswirkungen vor allem die Europäische Union zu tragen hätte. Auch in Hinsicht auf Serbien könnte die kosovarische Souveränität kontraproduktiv sein. So fürchten Bolton, Eagleburger und Rodman, dass die errungenen Fortschritte auf den Gebieten der Demokratie und Wirtschaft umgekehrt werden könnten und dass Serbien

²⁰ <http://www.state.gov/p/us/rm/2008/200976.htm> (18.03.2008).

²¹ <http://www.state.gov/p/eur/rls/101722.htm> (18.03.2008).

²² Palmer, J.; *U.S. blunders by recognizing Kosovo independence*; www.savekosovo.org

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

anstatt eine Partnerschaft mit dem Westen einzugehen, seinen Blick in Richtung Russland als einziger Beschützer seiner Interessen wenden könnte.²³

„Opening a Pandora’s Box“

In Russland stieß der Kosovo-Vorfall mehrheitlich auf Ablehnung. Präsident Putin bezeichnete diesen Schritt als „unmoralisch and illegal“ und verlangte diesen vom UN-Sicherheitsrat für null und nichtig erklären zu lassen.²⁴ Dem schloss sich sein Nachfolger Dmitri Medwedew an, wobei dieser noch einen Schritt weiter ging und den Westen für die darauf folgenden Unruhen verantwortlich machte: „It is absolutely obvious that the crisis that has happened is the responsibility of those who have made the illegal decision and will unfortunately have long-term consequences for peace on the European continent“.²⁵ Die russische Bevölkerung teilte diese Ansicht mehrheitlich. Einerseits empfand man Solidarität für die im Kosovo lebende serbische Minderheit, da man den gleichen slawischen und orthodoxen Hintergrund teile. Andererseits sei, wie Masha Lipman vom Carnegie Endowment for International Peace darlegt, die Anerkennung durch den Westen das Hauptmotiv für Russlands ablehnende Haltung. Gemäßigt gesinnte Russen könnten sich zwar noch mit einem souveränen kosovarischen Staat abfinden, doch nicht damit, dass der Westen diesen Schritt unterstützte. Denn dadurch, dass die westlichen Staaten die Spaltung des Landes ohne Zustimmung der serbischen Regierung guthießen, kreierte sie einen gefährlichen Präzedenzfall, der andere ethnische Gruppen zum Nacheifern verleiten könnte. Darauf verwies Sergej Ivanow, erster stellvertretender Ministerpräsident Russlands, als er von „opening a Pandora’s Box“ sprach.²⁶ Man fürchtete, dass eine nationalistische Welle andere Teile Europas erfassen und destabilisierende Tendenzen bis an die russischen Grenzen tragen könnte. Russlands Sorge gelte vor allem Südossetien und Abchasien, die völkerrechtlich zwar Georgien angehörten, aber seit den 90er Jahren staatliche Unabhängigkeit forderten.²⁷ Dmitri Trenin führt aus, dass eine Unabhängigkeit dieser beiden Gebiete keinesfalls im Interesse des Kremls sei. Dabei gehe es ihm jedoch weniger um Georgiens Integrität, sondern um seine eigene Einflussnahme auf diese Gebiete. Bedingt durch die geographische Lage, übe Russland schon seit langem Einfluss auf Wirtschaft, Politik und Kultur dieser Regionen aus. Dies äußere sich darin, dass sich bereits russische Truppen in diesen Gebieten befänden und viele Einwohner einen russischen Pass besäßen. Russland profitiere jedoch in erster Linie von den politischen Spannungen zwischen der georgischen Regierung einerseits und den „abtrünnigen Gebieten“ andererseits. Da man beide Parteien als gleichwertige Partner betrachte, gewinne Russland in Konfliktsituationen an Verhandlungsgewicht und so die Möglichkeit, Druck auf die Regierung Georgiens auszuüben. So stellt Russlands Warnung, die Unabhängigkeitsbestrebungen Südossetiens und Abchasiens zu unterstützen, sollte Georgien der NATO beitreten, das jüngste Beispiel dieser Form der „Erpressung“ dar.²⁸

²³ <http://www.washingtontimes.com/article/20080131/COMMENTARY/288472699/1012> (11.05.2008)

²⁴ Gardiner, N.; *The West Must Back Full Independence for Kosovo*; Web Memo; www.heritage.org

²⁵

<http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9C05E3DF153AF935A15751C0A96E9C8B63&scp=1&sq=medvedev+kosovo&st=nyt> (13.04.2008)

²⁶ Gardiner, N.; *The West Must Back Full Independence for Kosovo*; Web Memo; www.heritage.org

²⁷ Lipman, M.; *The Kremlin’s Case Against Kosovo*; <http://www.carnegieendowment.org/>

²⁸ Trenin, D.; *Kosovo Independence and its implications*; <http://www.carnegie.ru/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Ein weiterer Grund für die ablehnende Haltung Russlands ist der Glaube, dass die USA ständig Russlands Schwäche ausnutzen. Als sich die Situation im Kosovo 1999 zuspitzte und der Beschluss für NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien erging, war Russland vehement gegen die militärischen Maßnahmen. Als man die russischen Proteste ignorierte, empfand Russland dies als eine erneute Demütigung von Seiten des Westens. Daher argumentiert Lipman, dass Russland, jetzt, da es wieder an internationaler Stärke gewonnen habe, wohl kaum zu einer Kooperation bereit sei. Wahrscheinlicher erscheine es, dass man stattdessen die erfahrene Kränkung gutmachen wolle.²⁹ Je öfter man von amerikanischer Seite höre, der Kosovo sei aufgrund der einzigartigen Situation kein Präzedenzfall, desto mehr wolle Russland beweisen, dass es eine starke Nation sei, die man nicht mehr wie 1999 ignorieren könne.³⁰

The future lies with the West

Eine baldige Lösung des Konflikts erscheint angesichts der unterschiedlichen Standpunkte unwahrscheinlich. Die Vereinigten Staaten konzentrieren sich bereits darauf, den Kosovo beim Aufbau eines funktionsfähigen Staatswesens nach demokratischen Prinzipien zu unterstützen. Daher kündigte Washington an, dem Kosovo Waffen zur Verfügung zu stellen, um die Sicherheit im Balkan zu gewährleisten. Dies rief in Moskau wiederum die Kritik hervor, dass man gegen ein Waffenembargo gegen Jugoslawien aus dem Jahr 1998 und somit gegen internationales Recht verstoße.³¹ Im Hinblick auf Serbien versicherte Howard Berman, Vorsitzender des House of Foreign Affairs Committee, dass man durchaus Verständnis für die schmerzliche Lage habe und weiterhin eine freundschaftliche Beziehung zu Belgrad pflegen wolle, doch sei es für das serbische Volk an der Zeit, sich der europäisch-transatlantischen Gemeinschaft anzuschließen:

*Although Russia has presented itself as a good friend to Serbia and has been richly rewarded for its support with a 51 percent share of Serbia's state-owned oil company, the Serb people must realize that their future lies to the West, and not to the East.*³²

Putin hatte hingegen schon vor der eigentlichen Unabhängigkeitserklärung erklärt, die kosovarische Souveränität nur zu akzeptieren, falls diese auf gegenseitigem Einverständnis beruhe – doch dies erscheint angesichts der verhärteten Fronten so gut wie unmöglich.

³³ Stattdessen sagte Russland der serbischen Minderheit humanitäre Hilfe in Höhe von \$1,7 Mio. im Kosovo zu, die rund 6% der Gesamtbevölkerung ausmacht.³⁴

Missile Defense: Blessing or curse?

²⁹ Lipman, M.; *The Kremlin's Case Against Kosovo*; <http://www.carnegieendowment.org/>

³⁰ Simes, D.; *The consequences of inflexibility*; International Herald Tribune (Dezember 2007); www.iht.com.

³¹ *U.S. plans für arms supplies to Kosovo – comments*; Novosti – Russian News and Information Agency; <http://en.rian.ru> (01.04.2008).

³² Statement of Chairman Berman at hearing, "The Balkans After the Independence of Kosovo and on the Eve of NATO Enlargement" <http://foreignaffairs.house.gov/> (01.01.2008)

³³ Simes, D.; *The consequences of inflexibility*; International Herald Tribune (Dezember 2007); www.iht.com

³⁴ *Russia to send \$1.7 mln in aid to Kosovo Serbs*; Novosti – Russian News and Information Agency; <http://en.rian.ru> (01.04.2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Einer der größten Streitpunkte zwischen den USA und Russland ist bekanntermaßen Amerikas Plan, ein Raketenabwehrsystem in Osteuropa zu installieren. Die amerikanische Regierung ist der Überzeugung, dass Europa von diesem Missile Defense System profitieren könnte. Auf diesem Wege könne man die Sicherheit Europas gegen mögliche Nuklearangriffen von Seiten des Irans oder anderen „rogue states“ schützen. Die USA, so Daniel Fried, wären nämlich nicht auf die Raketenabwehrsysteme in Polen und Tschechien angewiesen.³⁵ Russland hingegen ist davon überzeugt, dass sich die Anlagen nicht gegen den Iran, sondern gegen Russland richten. Der russische NATO-Botschafter, Dmitri Rogozin, ist darüber hinaus erstaunt, dass sich Europa nicht ebenfalls durch die amerikanischen Pläne bedroht fühle:

But I'm amazed at the European position. The U.S. ABM system in Europe will pose a direct threat to them. Damage from nuclear warheads exploding over Europe would be hundreds of times worse than that of the Chernobyl disaster.³⁶

Die amerikanische Regierung ihrerseits versuchte unzählige Male vergeblich, Russlands Bedenken zu beseitigen und Moskau davon zu überzeugen, dass das Raketenabwehrsystem auch in seinem Interesse sei. So erklärte Condoleezza Rice:

Our talks today reflected the complex and multifaceted relationship Russia and the United States have, a relationship with many common security interests. (...) I would just like to emphasize that the missile defense system being proposed in Central Europe is not directed at Russia. It would have no impact on Russia's strategic deterrent.³⁷

Doch Russland erachtete bislang alle amerikanischen Versprechen und Erklärungen als ungenügend. Verteidigungsminister Serdyukov kritisierte den russlandfeindlichen Charakter der Anlagen³⁸ und Konstantin Kosachev, Vorsitzender des Ausschusses für außenpolitische Angelegenheiten der Duma, äußerte: „We still do not have a proper explanation of this project. It is not about the number of interceptors. It's about undermining mutual confidence and trust“. ³⁹ Diese unmittelbare Bedrohung für die nationale Sicherheit könne man in Moskau nicht ignorieren. Clifford Gaddy von The Brookings Institution hält Russlands Vorbehalte allerdings für gerechtfertigt und vergleicht die Situation mit der Kubakrise von 1962:

(...) I like to ask the question what would the United States do if Russia or some other foreign power, if China, for instance, decided that they could conclude an agreement with Cuba and place missile in Cuba. I think we've been through that process

³⁵ www.state.gov/p/eur/rls/rm/99447.htm (18.03.2008).

³⁶ Sorokina, N.; *Zero Hour – What's in Store for the Bucharest Summit?*; www.rbth.rg.ru (26.03.2008)

³⁷ www.state.gov/secretary/rm/2007/10/93511.htm (18.03.2008).

³⁸ www.state.gov/secretary/rm/2007/10/93511.htm (18.03.2008).

³⁹ Erlanger, S.; *Bush Wins NATO Backing on Europe Missile Shield*; New York Times (04.04.2008).

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Leon Aron widerspricht dieser Theorie jedoch. Zwar habe der Kreml das Raketenabwehrsystem zur derzeit größten Gefahr erklärt, doch könne dieses „scrawny outfit“ wohl kaum das Potential der rund 2.480 russischen Nuklearsprengköpfe ernsthaft untergraben.⁴¹ Vielmehr sei die Regierung in Moskau darüber verärgert, dass die Standpunkte in ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten – also auf ehemals russischem Einflussgebiet – lägen, die nun der NATO angehörten.⁴² Baker Spring stellt in einer Publikation der Heritage Foundation eine ähnliche Vermutung auf. Russlands Widerstand beruhe weniger auf sicherheitspolitischen, sondern auf außenpolitischen Interessen. Moskau nutze den Konflikt, um osteuropäische Länder einzuschüchtern und unzulässigerweise Druck auszuüben.⁴³ Steven Sestanovich, Forschungsbeauftragter für Russland- und Eurasienstudien am Council on Foreign Relations, zweifelt ebenfalls an der Legitimität der russischen Bedenken. Anstatt sich der aufkommenden Bedrohung durch den Iran zu widmen, habe Moskau versucht, den Fokus darauf zu legen, dass die wirkliche Gefahr von den USA und ihren geplanten Radarsystemen und Abfangraketen in Osteuropa ausgehe.⁴⁴ Der eingangs erwähnte Demokrat Joseph Biden argumentiert, dass es der Regierung in Moskau, gestärkt durch eine florierende Wirtschaft, gelungen sei, über innenpolitische Probleme hinwegzutäuschen und stattdessen in außenpolitischen Belangen zu einer „Cold War, zero-sum“ Mentalität zurückzukehren. Durch die Unterdrückung der politischen Opposition, das Schüren neuer Verdachtsmomente gegen den Westen und durch das Unterdrücksetzen kleinerer Nachbarstaaten habe die Regierung unter Putin einen bedeutenden Ansehensverlust und eine Rückkehr zur „Russophobie“ bewirkt.⁴⁵

A strategic partnership

Um eine Einigung zu erzielen, riefen die amerikanische und russische Regierung die „Zwei-plus-Zwei Beratungen“ ins Leben, an denen jeweils die Außen- und Verteidigungsminister der beiden Länder teilnahmen. Auf diesen amerikanisch-russischen Treffen betonten zwar beide Regierungen immer wieder, dass man eine strategische Partnerschaft anstrebe, da sowohl Washington als auch Russland angesichts Terrorismus und der steigenden Verbreitung von Massenvernichtungswaffen eine gemeinsame Verantwortung hätten, die globale Sicherheit zu gewährleisten.⁴⁶ Um die Beziehung der beiden Staaten zu verbessern, seien jedoch eine Reihe von vertrauensbildenden und Transparenz schaffenden Maßnahmen nötig. Bislang zeigten vor allem die USA Initiative. Zunächst unterbreitete man Moskau das Angebot, russische Inspektoren zur Kontrolle den Zugang zu den amerikanischen Einrichtungen auf tschechischem und polnischem Boden zu erlauben.⁴⁷ Als dies noch nicht

⁴⁰ Transcript of The Current, on CBC – An Interview with Mr. Clifford Gaddy, Senior Fellow, The Brookings Institution; www.brookings.edu (31.03.2008).

⁴¹ Aron, L.; *Russian Outlook – Putin-3*; American Enterprise Institute for Public Policy Research (2007); S.4.

⁴² Levy, C.; *Further Signs of Russia Conciliation in Missile Talks*; New York Times (21.03.2008).

⁴³ Spring, B.; *Putin's Missile Defense Proposal Leaves Key Questions Unanswered*; Web Memo www.heritage.org.

⁴⁴ Biberman, Y.; *The Lame Duck Challenge*; www.russiaprofile.org (20.03.2008).

⁴⁵ <http://biden.senate.gov/press/opeds/oped/?id=842df2e4-f388-4189-bb65-f4cff225fa91> (10.05.2008).

⁴⁶ www.state.gov/secretary/rm/2007/10/93511.htm (18.03.2008).

⁴⁷ Shanker, T.; *Progress in U.S.-Russia Talks*; New York Times (19.03.2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

ausreichte, versprach Washington das Raketenabwehrsystem erst dann in Betrieb zu nehmen, wenn der Iran den ersten erfolgreichen Testflug einer Rakete absolvierte hätte, die den europäischen Kontinent erreichen könnte.⁴⁸ Trotz der Zugeständnisse Bushs, um vor Ende seiner Amtszeit noch eine Übereinkunft zu erzielen, lehnte er aber einen Deal bezüglich der NATO-Beitrittsambitionen Georgiens und der Ukraine ab.⁴⁹

Agreed to disagree

Zwar konnte mit Russland im Rahmen dieser Verhandlungen keine Einigung erzielt werden, doch überraschte Wladimir Putin zuletzt mit einem unerwartet versöhnlichen Ton. Zuvor hatte er noch vor einem erneuten Wettrüsten gewarnt⁵⁰, und damit gedroht, russische Raketen auf die amerikanischen Einrichtungen zu richten. Doch neuerdings bekräftigte er seinen Willen zur Kooperation und verwies auf sein Angebot vom Vorjahr, Radareinrichtungen in Aserbaidschan und Südrussland zu verwenden, die dann Teil eines größeren, gemeinsamen Überwachungssystems sein könnten.⁵¹ Die Entscheidung der NATO auf dem Bukarest Gipfel, Bushs Vorhaben zu unterstützen, verlangsamte den Fortschritt der Verhandlungen mit Russland. Dennoch trafen sich Präsident Putin und Präsident Bush am 6. April in Sotschi, um die „Strategic Framework Declaration“ zwischen den beiden Staaten zu unterzeichnen. Darin hielten beide Staatsoberhäupter fest, dass beide Länder zwar unterschiedliche Ansichten hätten, aber auf die potentielle Sicherheitsgefährdung reagieren müssten. Die USA, Russland und Europa müssten hierfür als gleichberechtigte Partner auftreten.⁵² Dies änderte jedoch nichts an Russlands Skepsis, weshalb eine Entscheidung auf unbestimmte Zeit vertagt wurde:

*I will not hide the fact that missile defense in Europe was and still is one of the most difficult problems. This is not a matter of language, of diplomatic wording, but a problem of substance. I want to make it clear that as far as principle is concerned, our position regarding the U.S. plans remains unchanged.*⁵³

A rocky path to NATO membership

Das letzte Kapitel der jüngsten Auseinandersetzungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten stellte die NATO-Osterweiterung dar. Anlass waren die Beitrittsambitionen der Ukraine und Georgiens, die in diesem Sinne bereits erfolgreich das sog. Individual Partnership Program absolviert und intensive Gespräche mit der NATO aufgenommen hatten. Vor dem Bukarest-Gipfel vom 2.- 4. April hoffte man in Tiflis und Kiew darauf, in den Membership Action Plan, dem Aktionsplan als Vorbedingung zur Mitgliedschaft, aufgenommen zu werden. Während die amerikanische Regierung die pro-westlichen Aspirationen unterstützte, stieß das Vorhaben in Moskau erneut auf heftigen Widerstand.⁵⁴ Mit allen Mitteln wollte man den Beitritt verhindern. So drohte man Kiew

⁴⁸ Bush: 'New security relationship with Russia'; USA Today (02.04.2008).

⁴⁹ Ward, J.; Bush to fight Russian influence at NATO; Washington Times (01.04.2008).

⁵⁰ Erlanger, S.; Bush Wins NATO Backing on Europe Missile Shield; New York Times (04.04.2008).

⁵¹ <http://www.russiatoday.ru/news/22947> (02.04.2008).

⁵² U.S.-Russia Strategic Framework Declaration; www.whitehouse.gov/news/releases/ (08.04.2008).

⁵³ Press Conference following Russian-U.S. Talks; President of Russia – Official Web Portal; <http://president.kremlin.ru/> (06.04.2008).

⁵⁴ Jackson, B.; NATO Expansion and Modern Europe in „The Bucharest Conference Papers“; Shepherd, Robin (Hg.); S. 18-28 (2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

damit, russische Nuklearsprengköpfe auf die Ukraine zu richten, sollte die NATO es in Erwägung ziehen, Raketenabwehrsysteme dort zu stationieren.⁵⁵ Bezüglich Georgiens erließ das russische Parlament einen Beschluss, in dem es den Kreml anwies, Südossetien und Abchasien als souveräne Staaten anzuerkennen, sollte Georgien der NATO beitreten.⁵⁶ Unter dem Vorwand, die Interessen der „abtrünnigen“ Regionen schützen zu wollen, übte man so Druck auf die georgische Regierung aus. Der NATO gegenüber äußerte man, dass man Russlands Hilfe beim Afghanistan-Einsatz an ihre Entscheidung hinsichtlich der Ukraine und Georgiens knüpfen werde. Außerdem drohte Moskau seine Wirtschaftspolitik und Verteidigungsmaßnahmen zu verschärfen.⁵⁷

Democratic alliance or military bloc?

Die Ursache des Konflikts lässt sich in erster Linie auf die gegensätzlichen Positionen gegenüber der NATO zurückführen. Für die Vereinigten Staaten stellt der Nordatlantiktakt, wie Daniel Fried äußert, die erfolgreichste politisch-militärische Allianz der Welt dar. Ihre lange Geschichte sei der Beweis für die erfolgreiche Kombination aus politischer Macht und demokratischen Werten.⁵⁸ Für die Mitgliedsstaaten biete die NATO Stabilisierung der politischen Verhältnisse und Festigung der Demokratie. Besonders könnten aber zentral- und osteuropäische Länder von der Mitgliedschaft profitieren, da sie eine Integration in den Westen erleichtere.⁵⁹ Russlands Bedenken halten viele Amerikaner für übertrieben und ungerechtfertigt. Man erachtet den Beitritt Georgiens und der Ukraine nicht nur als Hilfestellung für diese Staaten, ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu bewahren, sondern ist davon überzeugt, dass dieser Schritt auch Russland zu Gute käme. Schließlich seien stabile, politische Verhältnisse in diesen Ländern auch für Russlands innere Sicherheit förderlich. Durch die Gründung des NATO-Russland-Rates im Jahr 2002 hatte man sich erhofft, den Weg für eine Erweiterung zu ebnen, dadurch dass man mit Russland eine formale Beziehung aufbaue.⁶⁰ So sehr man sich aber eine Kooperation mit Putin wünscht, ist man nicht bereit, Russland eine Vetomöglichkeit bei Entscheidungen der NATO einzuräumen. Jedem Staat, der der NATO beitreten wolle und der die notwendigen Bedingungen erfülle, müsse eine Mitgliedschaft angeboten werden.⁶¹

Encroachment into Russia's backyard

Auf Seiten Russlands stellt man indes die Notwendigkeit der NATO prinzipiell in Frage: Wieso bedürfe es nach wie vor einer Organisation, die als Gegengewicht zur Sowjetunion geschaffen wurde? Die Bevölkerung ist der Meinung, dass mit dem Zerfall der UdSSR auch das Militärbündnis seine Bedeutung verloren hätte. Auf die Frage, welchem Zweck die NATO diene, antwortete jeder Vierte, dass es sich um eine überflüssige Organisation aus Zeiten des Kalten Krieges handle. Überraschend 30 Prozent hielten die NATO für einen Militärblock,

⁵⁵ Kramer, A.; *Presidents Resolve Ukraine Gas Dispute*; New York Times (13.02.2008).

⁵⁶ Reuters; *Russian MPs Urge Recognition of Georgia Separatists*; New York Times (21.03.2008).

⁵⁷ AFP; *Russia links help to Afghanistan to NATO expansion*; www.news.yahoo.com (28.03.2008).

⁵⁸ NATO: *Enlargement and Effectiveness*; www.state.gov/p/eur/rls/rm/102134.htm (11.03.2008).

⁵⁹ Jackson, B.; *NATO Expansion and Modern Europe* in „The Bucharest Conference Papers“; Shepherd, Robin (Hg.); S. 18-28 (2008).

⁶⁰ Gvosdev, N.; *Parting with Illusions – Developing a Realistic Approach to Relations with Russia*; CATO Institute (Februar 2008).

⁶¹ Shepherd, R. & Cornish P.; *An Evolving NATO: Pro-Democracy or Anti-Russia?* in Shepherd, R. (Hg.); „The Bucharest Conference Papers“ (2007); S. 29-40.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

der sich primär gegen Russland richte. Daher waren 21% der Bevölkerung der Meinung, dass die Gründung von Bündnissen, um den Einfluss der NATO zu begrenzen, am ehesten im Interesse ihres Landes wäre. Nur vier Prozent stimmten hingegen für einen Beitritt. Rund ein Viertel der russischen Bevölkerung plädierte allerdings für eine Kooperation mit der NATO. ⁶²Des Weiteren ist die russische Regierung keinesfalls davon überzeugt, dass eine NATO-Mitgliedschaft die Demokratie eines Staates gewährleiste. Dies machte Präsident Putin in seiner Ansprache auf dem Bukarest-Gipfeltreffen deutlich: „What is this nonsense? (...) Entry into NATO, unfortunately, does not automatically lead to the democratisation of a country: it is not an automatic ‘democratisor’.“ ⁶³

In Hinblick auf die Beitrittsambitionen der Ukraine und Georgiens rechtfertigt Russland seine Proteste damit, dass die NATO, deren eigentliches Ziel die Förderung demokratischer Werte sei, ironischerweise diese Prinzipien zu übergangen scheine. Denn wie aus Umfragewerten hervorgehe, sei mehr als 60% der ukrainischen Bevölkerung gegen einen NATO-Beitritt. Der Impuls gehe einzig und allein von der herrschenden Elite um den pro-westlichen Präsidenten Juschtschenko aus. ⁶⁴ Daher erklärte Putin, Russland werde den Beitritt der Ukraine erst akzeptieren, wenn ein Referendum stattgefunden hätte, aus dem hervorgehe, dass der Beitritt auch im Sinne des ukrainischen Volkes wäre:

If the overwhelming majority of the Ukrainian public does not want their country to join NATO, but their country is being drawn nonetheless, we cannot consider this to be a democratic approach to international relations. Ultimately, each country decides for itself how best to ensure its security, and we will most certainly accept whatever the Ukrainian and Georgian people decide, but this has to be the decision of the people and not the political elite.⁶⁵

Die russische Bevölkerung geht davon aus, dass nicht nur die Regierungen der Länder, sondern auch die USA und andere NATO-Mitgliedstaaten zu einem Beitritt drängen würden. So waren im Jahr 2003 46% der Befragten der Ansicht, dass die Länder, die 1999 im Zuge der Osterweiterung in die NATO aufgenommen wurden, diesen Schritt nur auf Druck der USA hin unternommen hätten. ⁶⁶ Des Weiteren argumentierte man in Moskau, dass die beiden Aspiranten die Standards der NATO hinsichtlich Demokratie und interner Stabilität noch keineswegs erfüllten. Ein vorzeitiger Beitritt würde nicht nur die politische Situation in den Ländern verschlechtern, sondern auch eine destabilisierende Wirkung auf Europa haben. ⁶⁷ Als schwerwiegender erachtet man in Moskau aber die Tatsache, dass durch den Beitritt der Ukraine und Georgiens eine militärische Organisation an Russlands Grenzen gelange, von der man selbst nicht Mitglied sei. ⁶⁸ Dmitri Medwedew bezeichnete diese

⁶² www.russiavotes.org/security/security_usa_nato.php (27.03.2008).

⁶³ Press Statement Russia-NATO Council; <http://president.kremlin.ru/> (04.07.2008).

⁶⁴ Boyt, G.; *Getting There First*; www.russiaprofile.org (19.03.2008).

⁶⁵ Press Conference following Talks with Federal Chancellor of Germany Angela Merkel; <http://president.kremlin.ru> (08.03.2008).

⁶⁶ www.russiavotes.org/security/security_usa_nato.php (27.03.2008).

⁶⁷ Sorokina, N.; *Zero Hour – Whats’s in Store for the Bucharest Summit?*; www.rbth.rg.ru (26.03.2008).

⁶⁸ Gvosdev, N.; *Parting with Illusions – Developing a Realistic Approach to Relations with Russia*; CATO Institute (Februar 2008).

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Entwicklung als äußerst störend für Russland: „No state can be pleased about having representatives of a military bloc to which it does not belong coming close to its borders.“⁶⁹

Pro-democracy or anti-Russia?

Doch wie realistisch sind Russlands Bedenken? Wie aus der amerikanischen Presse hervorgeht, werden diese oft als Beispiel für Russlands „verletzten Stolz“ verstanden. Robin Shepherd und Dr. Paul Cornish, beide Forschungsbeauftragte des Chatman Houses und Experten auf den Gebieten der Internationalen Sicherheit und Transnationalen bzw. Europäisch-russischen Beziehungen, sind allerdings der Ansicht, dass die Sorgen Moskaus durchaus berechtigt sind. Die NATO umfasst 26 Staaten und kann auf eine weitaus größere Truppenstärke zurückgreifen. Russland – generell skeptisch gegenüber dem Westen – hat hingegen bedeutend an militärischer Stärke verloren. Als besonders ärgerlich erachtet man in Moskau jedoch die Ausdehnung der NATO auf zentral- und osteuropäische Staaten. Da deren Sicherheit durch die NATO geschützt werde, würden diese ermutigt, eine stärkere Position gegenüber Russland einzunehmen. Dies untergrabe natürlich Russlands Ambitionen, einen möglichst großen Einfluss auf diese Region auszuüben.⁷⁰ Auch der Vorwurf von Moskau, die NATO verfolge eine gegen Russland gerichtete Politik, ist in Shepherds und Cornishs Augen verständlich. Zwar hege man in Brüssel keine Ansprüche auf russisches Territorium, doch seien die verfolgten Ziele nicht mit denen Russlands vereinbar. Das derzeitige Russland unter Putin definiere sich als neo-autoritären Staat, wohingegen die NATO die Verbreitung von Demokratie zu ihrem Primärziel erklärt habe. Demnach sei die Einstellung der NATO „anti-anti-democratic“. Da Russland selbst einen demokratiefeindlichen Weg eingeschlagen habe, sei die Politik der NATO gleichzeitig russlandfeindlich und die Aufnahme neuer Staaten bedeute für Russland die Ausweitung eines Systems, das die Regierung unter Putin inzwischen ablehne.

Putin's coup

Zur großen Enttäuschung von Präsident Bush wurde die Aufnahme der Ukraine und Georgiens auf dem Gipfeltreffen in Rumänien veragt. Deutschland und Frankreich enthielten ihre Zustimmung, da sie einerseits der Meinung waren, es sei noch zu früh, um einen Beitritt in Betracht zu ziehen. Andererseits befürchtete man eine Verschlechterung der Beziehungen zu Russland, dem Hauptenergielieferanten Europas. Die New York Times meldete am folgenden Tag „Putin Scores Big Win in Bucharest“, da dem russischen Präsidenten ein diplomatischer Coup gelungen sei, bevor er überhaupt in Bukarest eingetroffen sei – ein beeindruckender Beweis seiner Stärke.⁷¹ In seiner Ansprache zeigte sich dieser sichtlich über das „verantwortungsvolle“ Ergebnis erfreut und betonte die Bedeutung eines transatlantischen Dialoges. Denn die NATO ist in seinen Augen den modernen Herausforderungen ohne Zusammenarbeit mit Russland nicht gewachsen:

(...) let us not forget that the key role in creating a new structure of international relations in today's world belongs to the United Nations and its Security Council. (...) in itself the exis-

⁶⁹ Reuters; *Russia's Medvedev: NATO expansion „troublesome“*; www.news.yahoo.com (25.03.2008).

⁷⁰ Shepherd, R. & Cornish P.; *An Evolving NATO: Pro-Democracy or Anti-Russia?* in Shepherd, Robin (Hg.); „The Bucharest Conference Papers“ (2007); S. 29-40.

⁷¹ Associated Press; *Putin Scores Big Win in Bucharest*; New York Times (03.04.2008).

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Georgien und die Ukraine sahen darin einen „bitteren Schlag“ für Europa, der Russland in seiner Politik der „wirtschaftlichen Erpressung“ bestätige.⁷³ Michael McFaul, Professor für Politikwissenschaften an der Stanford University, Experte in russisch-amerikanischen Beziehungen und hochrangiger Mitarbeiter am Carnegie Endowment for International Peace, bezeichnete die Entscheidung als ein Indiz dafür, dass man Russland letztendlich doch ein Vetorecht eingeräumt hätte, das eigentlich nur Mitgliedsstaaten zustehe.⁷⁴

„One of these don't-do-anything-just-stand-there-moments“

Die beschriebenen Differenzen zwischen den USA und Russland bleiben auch nach dem NATO-Gipfel in Bukarest und dem Abschiedstreffen in Sotschi bestehen. Konnte man keine Einigung bezüglich des Raketenabwehrsystems erzielen, so gibt es dennoch Grund zur Hoffnung. Beide Staaten haben den Willen zur Kooperation gezeigt und suchen den Dialog miteinander, um Meinungsverschiedenheiten zu erörtern und gemeinsam Lösungen zu finden. Wie erfolgreich diese Verhandlungen sein werden, wird sich allerdings erst in der Zukunft zeigen. Dadurch bedingt, dass beide Länder vor einem Machtwechsel stehen, bleibt, wie Leon Aron es treffend beschreibt, nichts anderes übrig, als abzuwarten, was die Zukunft bringt. In Russland steht der Nachfolger Putins bereits fest. Dmitri Medwedew gewann im März die vom Westen als undemokratisch bezeichneten Wahlen mit einer überragenden Mehrheit von 70% und wird Putin voraussichtlich am 7. Mai im Amt beerben. In den Vereinigten Staaten zeigt man sich optimistisch, da Medwedew als pro-westlich und liberaler als sein Vorgänger angesehen wird. Doch ist Vorsicht geboten, schließlich hatte man dies auch von Putin gedacht, zumal letzterer als Ministerpräsident in der Doppelspitze weiterhin an der Macht beteiligt sein wird. In den USA ist das Rennen um die Präsidentschaft noch offen. Dort wird sich erst im November entscheiden, wer im Januar 2009 die Nachfolge Bushs antritt. Russland könnte sich allerdings einen demokratischen Präsidenten wünschen. Denn der republikanische Kandidat John McCain missbilligt offen Russlands Abkehr von der Demokratie und fordert seinen Ausschluss von den G-8-Staaten.⁷⁵ Doch angesichts des mangelnden Interesses – Clinton kannte in einer TV-Debatte nicht einmal den Namen des neuen russischen Präsidenten und nannte stattdessen fälschlicherweise die weibliche Form Medwedova – könnte Medwedew es andererseits auch vorziehen, Verhandlungen mit dem scheidenden Präsidenten Bush aufzunehmen, der – auch wenn erst gegen Ende seiner Präsidentschaft – sichtlich um eine stabile Beziehung mit Russland bemüht ist. Doch egal, für welche Strategie sich Medwedew entscheidet und wer das Weiße Haus bezieht, bleibt auf jeden Fall abzuwarten, wie sich die Dynamik zwischen den mächtigsten Staatsoberhäuptern der Welt entwickeln und welche Konsequenzen dies auf die zukünftigen russisch-amerikanischen Beziehungen haben wird.

⁷² Press Statement Russia-NATO Council; <http://president.kremlin.ru/> (04.04.2008).

⁷³ Associated Press; *NATO Membership Ukraine and Georgia Is Delayed*; New York Times (03.04.2008).

⁷⁴ Englund, W.; *The Last Dance* in „National Journal“ (April 12 2008); S. 40-42.

⁷⁵ McCain urges G8 to expell Russia; www.russiatoday.ru/ (26.03.2006).

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

- AFP; Russia links help to Afghanistan to NATO expansion; www.news.yahoo.com (28.03.2008).
- Aron, L.; Russian Outlook – Putin-3; American Enterprise Institute for Public Policy Research (2007).
- Associated Press; NATO Membership Ukraine and Georgia Is Delayed; New York Times (03.04.2008).
- Associated Press; Putin Scores Big Win in Bucharest; New York Times (03.04.2008).
- Biberman, Y.; The Lame Duck Challenge; www.russiaprofile.org
- Boyt, G.; Getting There First; www.russiaprofile.org (19.03.2008).
- Englund, W.; The Last Dance in „National Journal“ (April 12 2008).
- Erlanger, S.; Bush Wins NATO Backing on Europe Missile Shield; New York Times (04.04.2008).
- Ferguson, J.; Coming Full Circle in „Comparative Connections – A Quarterly E-Journal on East Asian Bilateral Relations“ (April 2007).
- FP; No Love From Russia in FP- Foreign Policy; Ausgabe September/Oktober 2007.
- Gardiner, N.; The West Must Back Full Independence for Kosovo; Web Memo; www.heritage.org
- Gvosdev, N.; Parting with Illusions – Developing a Realistic Approach to Relations with Russia; CATO Institute (Februar 2008).
- <http://foreignaffairs.house.gov/>
- <http://president.kremlin.ru/>
- Jackson, B.; NATO Expansion and Modern Europe in „The Bucharest Conference Papers“; Shepherd, Robin (Hg.); (2008).
- Kramer, A.; Presidents Resolve Ukraine Gas Dispute; New York Times (13.02.2008).
- Levy, C.; Further Signs of Russia Conciliation in Missile Talks; New York Times (21.03.2008).
- Lipman, M.; The Kremlin’s Case Against Kosovo; www.carnegieendowment.org/
- Novosti; Russia to send \$1.7 mln in aid to Kosovo Serbs; Novosti – Russian News and Information Agency; <http://en.rian.ru>
- Novosti; U.S. plans für arms supplies to Kosovo – comments; Novosti – Russian News and Information Agency; <http://en.rian.ru>
- Palmer, J.; U.S. blunders by recognizing Kosovo independence; www.savekosovo.org
- Reuters; Russia’s Medvedev: NATO expansion „troublesome“; www.news.yahoo.com (25.03.2008).
- Reuters; Russian MPs Urge Recognition of Georgia Separatists; New York Times (21.03.2008).
- Russia Today; McCain urges G8 to expell Russia; www.russiatoday.ru/ (26.03.2006).
- Shanker, T.; Progress in U.S.-Russia Talks; New York Times (19.03.2008).
- Shepherd, R. & Cornish P.; An Evolving NATO: Pro-Democracy or Anti-Russia? in Shepherd, R. (Hg.); „The Bucharest Conference Papers“ (2007).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

ANDREA ROTTER

DR. NORBERT WAGNER

28. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

- Simes, D.; The consequences of inflexibility; International Herald Tribune (Dezember 2007); www.ihf.com.
- Sorokina, N.; Zero Hour – Whats’s in Store for the Bucharest Summit?; www.rbth.rg.ru
- Spring, B.; Putin’s Missile Defense Proposal Leaves Key Questions Unanswered; Web Memo www.heritage.org
- Trenin, D.; Russia’s Coercive Diplomacy in „Carnegie Moscow Center – Briefing Vol. 10 issue 1“ (Januar 2008).
- USA Today; Bush: ‘New security relationship with Russia’; USA Today (02.04.2008).
- Ward, J.; Bush to fight Russian influence at NATO; Washington Times (01.04.2008).
- www.brookings.edu
- www.gallup.com/
- www.nytimes.com
- www.russiatoday.ru/
- www.russiavotes.org
- www.securityconference.de
- www.state.gov
- www.whitehouse.gov